



Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Juni 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 18 der Tagesordnung: Gesamtfortschreibung Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003
Stellungnahme der Stadt Karlsruhe
Vorlage: 2024/0503**

**Punkt 18.1 der Tagesordnung: Gesamtfortschreibung Regionalplan Mittlerer Oberrhein
2003
Stellungnahme der Stadt Karlsruhe
Änderungsantrag: GRÜNE
Vorlage: 2024/0503/1**

**Punkt 18.2 der Tagesordnung: Gesamtfortschreibung Regionalplan Mittlerer Oberrhein
2003
Stellungnahme der Stadt Karlsruhe
Änderungsantrag: AfD
Vorlage: 2024/0503/2**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den Planungen des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein zur Gesamtfortschreibung des Regionalplans unter Beachtung der in der Vorlage ausgeführten Anpassungsvorschläge zu. Er beauftragt die Verwaltung eine entsprechende zustimmende Stellungnahme gegenüber dem Regionalverband unter Berücksichtigung der genannten Hinweise abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt (38 Ja, 1 Nein)
Änderungsantrag GRÜNE: mehrheitlich abgelehnt (16 Ja, 23 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 6. Juni 2024:

Sie haben jetzt dazu noch einmal eine komplett neue Beschlussvorlage bekommen, die aber, keine Angst, nur in einem Punkt geändert ist. Herr Bürgermeister Fluhrer wird uns kurz einführen.

Bürgermeister Fluhrer: Ich bitte um Nachsicht, dass wir so kurzfristig mit der Beantwortung hier reinkommen. Deshalb hat es manche Arbeit bei Ihnen ausgelöst, die vielleicht nicht hätte sein müssen. Aber es war auch nicht so ganz einfach, das jetzt auf die Schnelle noch zu klären. Im Ganzen sind wir uns relativ einig, wie wir mit der Stellungnahme verbleiben, die die Gesamtfortschreibung des Regionalplans betrifft. Es gibt jetzt drei Themenfelder. Das sind zwei Themenfelder vom Antrag der GRÜNEN, wo es zum einen darum geht, im Prinzip die Gewerbefläche, die im aktuell gültigen Regionalplan enthalten ist, die der Regionalplan in der Fortschreibung vorschreibt, rauszunehmen, wo wir sagen, die sollte wieder rein, zum einen, weil durch die Trassenfestlegung dieser Verbindung zur B36 zwar jetzt Klarheit entsteht, aber dadurch auch Fläche verloren wird und wir in unserer Studie 40 Hektar Gewerbeflächen in Karlsruhe dringend benötigen, die wir nicht herstellen werden.

Umso wichtiger wäre es uns, nicht zu verzichten auf Flächen, die heute schon im Plan sind. Auch wenn wir selber wissen, dass wir sie vielleicht gar nicht ziehen, haben wir immer noch Manövriermasse. Wir haben sozusagen von der Regionalplanung auch den Auftrag, als Oberzentrum etwas bereitzustellen. Also sozusagen in einer Fortschreibung rückwärts zu fahren in so einer Entwicklung, ist im Prinzip schwierig. Deshalb würden wir hier empfehlen, bei dieser Darstellung zu bleiben.

Das Zweite war die Umfahrung Hagsfeld. Da haben Sie beschlossen die Variante, und da sind wir jetzt in der Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens, insofern war es kongruentes Planungshandeln, dann auch im Regionalplan diese Trasse drin zu halten. Auch da gibt es den Antrag. Das sind die zwei Themen, über die Sie dann befinden können.

Bei dem dritten Thema, das durch den Antrag der AfD jetzt auch noch vorliegt, wo wir selber im Planungsausschuss gesagt haben, dass wir das versuchen zu klären, können wir, glaube ich, Klarheit herstellen. Insofern hätte der sich aus unserer Sicht erübrigt, weil wir folgende Situation haben. Es geht um die Darstellung von Strichen in dem Regionalplan, was Radschnellverbindungen anbelangt. Da gibt es zwei Strichsignaturen, und ein kleiner Strich für den Regionalplan ist ein großer Schritt für Karlsruhe im Zweifel, weil die Frage ist, ist der Strich in der rechtlichen Würdigung eine nachrichtliche Botschaft. Das heißt, ist er ein Hinweis, da gibt es etwas, aber planerisch für uns dann in der Fortfolge nicht vorgabenscharf, oder ist es ein Ziel der Raumordnung. Insofern, und das wäre für diese Freihaltetrassen der Fall, und wenn wir dann abweichen müssen in der Umsetzungsplanung, dann bräuchten wir ein regionalplanerisches Zielabweichungsverfahren. Und da sagen wir, wir wollen am Ende möglichst schnell Radschnellwege für Karlsruhe in der Realität haben. Insofern würden wir vorschlagen, weniger in Planungswerken zu operieren, sondern versuchen, das zu vereinfachen. So ist jetzt die Formulierung, dass wir Folgendes in den Signalplan schreiben werden, dass im Prinzip die Darstellung der Radschnellwege erst mal begrüßt wird, dass wir im Prinzip dann auch bitten, die Freihaltetrassen entsprechend den Machbarkeitsstudien anzupassen, dass zumindest diese Signatur entsprechend dort auch liegt, wo es aktuell der Planungsstand ist, und dass wir aber bitten, diese Einstufung dann nachrichtlich stattfinden zu lassen und dort, wo es unser Siedlungskörper betrifft, auch gar nicht mehr als Signatur fortführen. Dann haben wir, glaube ich, alles entschärft. Wir sagen aber, wir würdigen die grundsätzliche Idee, weil es planerisch ein wichtiges Thema ist, die Radschnellachsen auch raumplanerisch zu verorten. Insofern ist es, glaube ich, dann auch ganz im Sinne dessen, was wir besprochen haben.

Stadtrat Löffler (GRÜNEN): Lieber Herr Bürgermeister Fluhrer, ich kann Ihre Ausführungen im Grunde erst mal nachvollziehen und ich kann auch vollkommen nachvollziehen und auch wertschätzen, wie die Verwaltung zu der Stellungnahme gekommen ist. Das leitet sich alles aus den bisherigen Beschlüssen des Gemeinderats ab. Da stimme ich Ihnen auch vollkommen zu. Wir als GRÜNE wünschen uns aber natürlich, dass wir bei diesen zwei Straßenbauprojekten, die immer noch irgendwelche Reste von Nordtangenten-Diskussionen sind, diese Projekte am Ende einfach überhaupt nicht umsetzen. Ich glaube, diese Diskussionen haben wir schon das eine oder andere Mal geführt. Die werden wir auch noch weitere Male führen, solange da noch nichts gebaut ist. Deswegen ist es aus unserer Sicht auch immer noch legitim, darüber zu streiten, ob wir dafür Flächen vorhalten wollen oder eben auch nicht, ob wir darüber auch in einem Regionalplan Flächen vorhalten wollen oder auch nicht. Deswegen unser Änderungsantrag für diese Knotensituation im Bereich des Technologieparks, weil es explizit in der geplanten Stellungnahme erwähnt ist und im Zweiten auch zu dieser dann zusätzlichen Flächeninanspruchnahme im Bereich Knielingen West als sozusagen Kompensation für die Gewerbeflächen.

Wir sehen Verkehrsflächen grundsätzlich dann auch als sozusagen Flächen an, die zu einem entsprechenden Gebiet dazugehören. Diese Gewerbeentwicklung kommt auch realistisch nur, wenn eine zusätzliche Straßenanbindung kommt. Das hängt für uns schon alles miteinander zusammen, weil ansonsten ist es sehr unattraktiv, fernab ein zusätzliches Gebiet zu entwickeln. Deswegen ist aus unserer Sicht die Fläche, die die Straße der Querspange benötigt, sozusagen auch Fläche des Gewerbegebiets, deswegen dieser Änderungsantrag an dieser Stelle, dass wir dafür nicht noch mal zusätzliche Fläche zur Verfügung stellen wollen, nicht noch mal zusätzliche Fläche versiegeln wollen. Das vielleicht zu diesen beiden Punkten, die wir gerne gestrichen hätten.

Der zweite Aspekt, das Thema der Radschnellwege, da haben wir auch entsprechend diskutiert in der Vorberatung. Wir können uns auch damit anfreunden, wenn Sie sagen, wir übernehmen erst einmal eine nachrichtliche Darstellung. Das haben wir auch diskutiert, weil wir teilweise auch einfach in den tatsächlichen Planungen noch nicht so weit sind, als dass wir es entsprechend fest verorten könnten. Was jetzt aber auch immer noch drinsteht und obwohl dieser Absatz geändert wurde, ist tatsächlich eine abwehrende Haltung gegenüber Radschnellwegen, dann durch das Stadtgebiet hindurch sozusagen, zusätzlich zu dieser Rad-Ringroute. Das wollen Sie auch gerne streichen lassen. Der Regionalverband hat in dem bisherigen Entwurf des Plans ein bisschen was vorgesehen. Das würden wir gerne auch in einer nachrichtlichen Form drin lassen, weil es einfach auch dann darstellt, dass wenn wir eine überregionale Radwegeverbindung haben, die auch irgendwie in die Stadt hineinkommen muss. Es bringt nichts, wenn sie vor den Toren am Ortsschild endet, daher noch diese Anmerkung auf die geänderte Vorlage.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Grundsätzlich einmal haben wir die meisten Punkte, die die Verwaltung als Stellungnahme gegenüber dem Regionalverband vorschlägt, als unstrittig anzusehen. Im Grunde sind die Änderungsanträge die Dinge, die jetzt noch diskutiert werden sollen. Ich bin zwar der Meinung, dass einige Punkte in der Stellungnahme nicht ganz unwichtig sind, aber aus Zeitgründen will ich mich jetzt nur auf das beschränken, was hier so kritisch diskutiert wird.

Also fangen wir mit der Querspange an. Da finde ich die Vorlage der Verwaltung nachvollziehbar, dass wir im Moment über diese Flächen nicht weiter verfügen wollen, solange wir

die endgültige Trasse der Querspange noch offen haben, sowieso nicht. Und die Idee der Siedlungsfläche, das ist ein Vorbehaltsgebiet jetzt und kein Vorranggebiet, die wir dort vorsehen, dass wir, wenn sich etwas verschiebt, dann die gewonnenen Flächen nicht in Wegfall bringen lassen, angesichts der Darstellung unserer Flächenverhältnisse gegenüber dem Regionalverband, die ist absolut nachvollziehbar. Wir können uns nicht noch schwächer machen, als wir sowieso schon sind. Damit ist noch kein Spatenstich dort vollzogen, aber wir sollten uns nicht selbst Dinge und Möglichkeiten entziehen. Ich finde es eigentlich ein bisschen verfehlt, dass wir jetzt wieder die grüne Diskussion zu diesen Themen aufziehen müssen. Also wir lehnen das ab.

Das ist natürlich genau das Gleiche bei der Hagsfelder Geschichte. Diese Trasse muss drinbleiben, und sie muss natürlich konsequent bis an die Haid-und-Neu-Straße herangeführt werden. Und mit Verlaub, der letzte Diskussionspunkt zu den Markierungen und Festlegungen der Radschnellwege, der ist ein bisschen akademisch, aber ich kann gut nachvollziehen, dass wir im innerstädtischen Bereich uns nicht binden wollen und auch nicht sollen. Es ist auch gekünstelt zu sagen, die Stadt habe eine Abwehrhaltung gegenüber Radschnellwegen. Das kann ich in keiner Weise nachvollziehen. Ich glaube schon, dass wir das sehr gut fördern, und es soll auch weiter so sein.

Stadtrat Zeh (SPD): Das Stadtplanungsamt hat eine hervorragende Vorlage als Stellungnahme gemacht. Es ist natürlich immer der Unterschied, wenn kommunal und regional geplant wird. Das muss aufeinander abgestimmt werden. Wenn ein Naturschutzgebiet nicht vollkommen richtig eingezeichnet worden ist auf den überregionalen Planungen oder jetzt hier Autobahnen, dürfen wir auch Solaranlagen errichten. Das wird hier vollkommen korrekt an den Regionalverband weitergemacht. Das sind die vielen kleinen Änderungen, auf die ich jetzt auch nicht weiter eingehen will.

Aber es gibt den Änderungsantrag der GRÜNEN. Herr Kollege Löffler spricht von Nordtangenten-Diskussionen. Nein, es ist keine Nordtangenten-Diskussion. Es ist eine Diskussion über die Entlastung von Hagsfeld, und das wird über die Südumfahrung Hagsfeld gemacht. Es ist durchaus sinnvoll, dass dies auch den Nordanschluss des Technologieparks beinhaltet. Das entlastet dann gleichzeitig wieder den Ostring und die Rintheimer Querallee. Es ist eine gute Geschichte. Aber das wird demnächst weiter besprochen. Es ist so drin, oder es sollte so drin sein.

Ähnlich wie der Kollege Pfannkuch sehen wir es auch mit den Flächen. Wir haben schon im damaligen Flächennutzungsplan 2030 auf viele Wohnbauflächen in der Stadt verzichtet, weil wir sie nicht nachweisen konnten und an die Umlandgemeinden abgegeben, ähnlich auch mit Gewerbeflächen. Jetzt sollten die Gewerbeflächen, die wir noch haben, das sind eher Tauschflächen für irgendwann einmal frei werdende Bahnflächen beispielsweise, weiter drin behalten. Deshalb werden wir jetzt auch den GRÜNEN-Antrag komplett ablehnen und der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Das Thema Radschnellwege ist auch dementsprechend in der Vorlage geändert worden. Auf dem ersten Blick schien alles okay. Wir können dementsprechend auch den anderen Änderungsantrag als erledigt betrachten.

Stadtrat Høyem (FDP): Cato war ein Senator im alten Rom. Er lebte so ungefähr 200 vor Christus, und er hatte diese Gewohnheit, egal über was man gesprochen hat, hat er in

Latein gesagt, ceterum censeo Carthaginem esse delendam. Das bedeutet, „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.“ Das hat er bei allen Möglichkeiten gesagt, alle Reden hat er so beendet. In diesem Rathaus ist das in der grünen Sprache, im Übrigen sind wir gegen die Südumfahrung Hagsfeld. Merkwürdig, wie die Geschichte sich wiederholt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Entschuldigung, das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden, aber erst einmal zu unserem Änderungsantrag. Ich hatte das angesprochen gestern im Ältestenrat und es hat geheißen, es kommt noch etwas. Bis abends war nichts da. Da habe ich dann gedacht, wir hatten es im Planungsausschuss auch besprochen, dass wir es brauchen. Es war offensichtlich, dass es nötig ist, also habe ich den Änderungsantrag gestellt. Wir finden unsere Formulierung zwar besser, aber da jetzt die Verwaltung schon unserem Wunsch letztendlich, den wir gemeinsam schon hatten, nachgekommen ist, sind wir damit einverstanden und halten unseren Änderungsantrag nicht länger aufrecht.

Es stehen natürlich ein paar Sachen hier in der Vorlage mit drin, die aus unserer Sicht nicht gut sind. Dass beispielsweise Grünzäsuren zurückgenommen werden, um Freiflächen-Photovoltaik zu ermöglichen, finden wir nicht gut. Oder dass überhaupt in Bereichen, die eigentlich als Natur- oder als Landschaftsschutzbereiche gedacht sind, auch letztendlich dann Windkraftanlagen gebaut werden dürfen, halten wir ebenfalls nicht für gut. Nur das sind die Planungsgrundlagen, die inzwischen geändert worden sind. Da können wir hier als Kommune nichts machen. Es ist wenigstens in Ordnung, dass es hier angesprochen wird, dass sich diese Dinge eben geändert haben. Was den Verkehr angeht, sind wir mit der Stellungnahme einverstanden.

Die Änderungswünsche der GRÜNEN können wir gar nicht nachvollziehen und werden dem entsprechenden Änderungsantrag natürlich nicht zustimmen, sondern dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir in die Abarbeitung. Der AfD-Antrag ist erledigt. Den der GRÜNEN stelle ich gleich zur Abstimmung. Die Anregung mit dem Ring wird aufgenommen. Ich bin nicht tief genug drin, aber Herr Fluhrer hat wissend genickt. Insofern interpretiere ich das jetzt so, und damit können wir zu den Änderungsanträgen bzw. dem Änderungsantrag kommen.

Ich würde den Antrag als Ganzes aufrufen und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit stelle ich die unveränderte Beschlussvorlage ergänzt um diesen einen kleinen Hinweis jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten
8. Juli 2024